

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 40 Pf. Eingetragen in die Postverzeichnisse Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 35815 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst A. Riemann, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Erinnert euch an die Zeit, als der große Krieg begann! Nicht zehn Jahre zurück! Erinnert euch vor allem an die ersten Tage und Wochen, wo ihr noch nicht wußtet, was ihr später in Schmerzen und Qualen erfahren habt. Erinnert euch an die Begeisterung für den Krieg, die in jenen Tagen die Massen ergriff. Erinnert euch, mit wie vollendeter Kunst sie von den Zeitungen in allen Ländern geschürt wurde.

Nicht um euch zu fadeln, nicht um euch zu kränken erinnern wir euch an die damalige Kriegsbegeisterung, sondern um euch zu fragen, ob solch unheilvolles Nichtverstehen noch einmal vorkommen darf.

Millionen ruhen in den Gräbern; Millionen Krüppel leben unter uns; Millionen Kinder werden ihr Lebenlang den Stempel der „großen Zeit“ tragen; Millionen sind arbeitslos; Millionen darben und hungern. Noch sind die Ruinen nicht aufgebaut, noch ist die Wirtschaft nicht im Gang; noch sieht jeder, der sehen will, die Verheerungen des Krieges.

Aber schon wagen sich die Kriegsbeher wieder hervor.

Sie spekulieren auf die Vergesslichkeit der Menschen. Ludendorff und Poincaré wurden in diesem Jahre bei den Wahlen geschlagen. Aber täuschen wir uns nicht: je mehr Zeit vergeht, um so leichter wird es wieder, Kriegsstimmung zu erzeugen. Und daher rufen wir euch auf, benützt dieses Gedächtnisjahr des Kriegesbeginns, um die Erinnerung zu wecken an alle Greuel, die wir erlebt, um das Bewußtsein zu festigen, daß nie wieder Krieg sein darf!

Aber das Gefühl des Abscheus vor dem Krieg genügt nicht, die Völker müssen zur Erkenntnis der Ursachen der Kriege kommen, um sie zu beseitigen.

Und deshalb genügt es uns nicht, die Verbrecher, deren Schuld in ihren eigenen amtlichen Dokumenten zweifelsfrei klargestellt ist, zu verfluchen, sondern wir müssen eine Weltordnung beseitigen, die immer wieder Kriegsverbrecher erzeugt, die uns ständig mit allem Unheil der Barbarei bedroht.

Während des Krieges verkündete man, daß gekämpft werde, damit dieser Krieg der letzte Krieg sei. Wir sehen jedoch, daß der Militarismus immer neue Kraft gewinnt. Den Besiegten ist es zwar verboten, aber unter den ehemals verbündeten Siegern kommt das Weckrufen zu nie gekannter Blüte. Und damit bleibt die Gefahr kriegerischer Explosionen so groß wie nur jemals.

Im Krieg verkündete man, daß sein Ergebnis der Völkerbund sein werde, der künftig Kriege unmöglich machen werde. Aber wie weit entfernt ist die Organisation, die heute diesen Namen trägt, von der Verwirklichung des großen Gedankens der friedlichen Organisation der Welt. Wir fordern, daß in den Völkerbund alle Staaten aufgenommen werden, daß er ein Instrument der Völker und nicht der Regierungen werde. Wir wollen keine Gelegenheit der Verständigung unbenützt und unverjocht lassen. Aber wir wissen: das kapitalistische Interesse kommt wieder in Widerspruch mit der friedlichen Organisation der Welt. Und daher wird die Kriegsgefahr bestehen, solange die kapitalistische Gesellschaftsordnung besteht.

Wir wollen arbeiten gegen die Kriegsgegnung, gegen die Geheimdiplomatie, für allgemeine Abrüstung, für friedliche Verständigung und internationale Schiedsgerichte, wir wollen alle Kräfte organisieren in unseren Gewerkschaften und Genossenschaften, in unseren politischen Organisationen, in den Parlamenten, in den Institutionen des Völkerbundes und überall, wo wir uns geltend machen können. Wir wollen uns international zusammenschließen, um den internationalen Abwehrkampf in allen Formen bis zum Generalstreik vorzubereiten. Aber wir wissen, daß alles dies nur die Kriegsgefahr einschränkt, sie nicht beseitigt.

Solange der ungeheuerliche Machtapparat des Militarismus besteht, solange kapitalistische Mächte die Möglichkeit haben, diesen Machtapparat in Bewegung zu setzen, so lange werden die arbeitenden Menschen das Opfer von Kriegen sein. Physische Gewalt, ökonomischer Druck und nicht zuletzt zielbewusste Stimmungsmache für den Krieg werden den Massen immer wieder die Waffen in die Hand drücken, sie auch gegen ihren Willen zu blinden Werkzeugen der Kriegsinteressenten machen. Die persönliche Kriegsdienstverweigerung wird stets eine eindrucksvolle Demonstration sein, nicht aber als Massenerscheinung den Gang des Verhängnisses wirklich hemmen können.

Daher gibt es keinen Weg, als die Kriegsmöglichkeit mit der Wurzel auszurotten; wir müssen die kapitalistische Gesellschaftsordnung beseitigen. Die Herrschaft der Arbeiter in allen Ländern wird nicht nur das Ende der Ausbeutung, sondern auch das Ende der Kriege sein.

Deshalb rufen wir euch auf, in gewaltigen Demonstrationen der Menschheit zum Bewußtsein zu bringen, daß sie noch immer an demselben Abgrund des Wahnsinns und Verbrechens steht wie im Juli 1914.

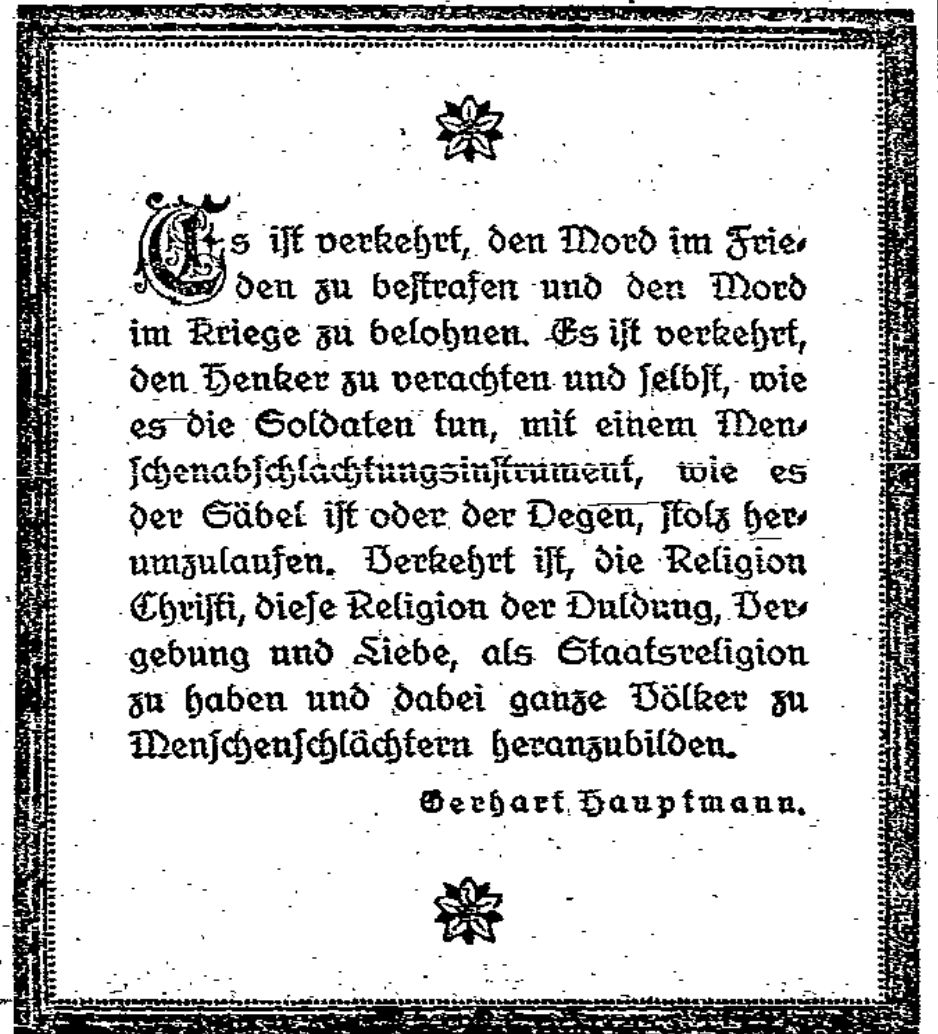
Gedenket des großen Vorkämpfers des Weltfriedens und der sozialistischen Gesellschaftsordnung; gedenket Jean Jaures, des ersten Opfers im Weltkrieg!

Gedenket der Tausende und aber Tausende freier Genossen, die uns entrissen wurden; gedenket der Tausende Krüppel, die ihre Arbeitsfähigkeit verloren; gedenket der Leiden der Frauen und Kinder!

Denket Arbeiter und Arbeiterinnen und vor allem auch ihr Jugendgenossen, an eure große geschichtliche Aufgabe und gelobet, daß ihr nicht erlahmen wollt im

Krieg gegen den Krieg!

Der Internationale Gewerkschaftsbund (Amsterdam). Die Sozialistische Arbeiter-Internationale (London). Die Sozialistische Jugend-Internationale (Berlin).



Gerhart Hauptmann.

Sorgt für die Opfer der Wirtschaftskrise!

Die Krise liegt mit unheimlicher Schwere auf dem deutschen Wirtschaftsleben. Ihre Opfer sind die breiten Schichten der Arbeiterklasse, deren Löhne bei voller Beschäftigung, bei guter Konjunktur kaum ausreichen; um eine bescheidene, anspruchslose Lebenshaltung zu gewährleisten, die — wie immer — all die verderblichen Folgen einer verfehlten Wirtschafts- und Staatspolitik schuldlos zu tragen haben. Die Arbeitslosigkeit steigt, kleine und große Betriebe schließen ihre Tore. Täglich kommen Meldungen über Betriebsstilllegungen, über Arbeiterentlassungen, über die Einführung von Kurzarbeit. In unserem Verbands war Ende Juni schon jedes sechste Mitglied entweder arbeitslos oder mußte verkürzt arbeiten. Inzwischen sind diese Verhältniszahlen schon weit überholt. In der Schuhindustrie betrug Ende Juni die Zahl der Kurzarbeiter und Arbeitslosen nahezu zwei Drittel der Beschäftigten, in der Textilindustrie mehr als ein Drittel.

Angesichts der furchtbaren Not, von der Hunderttausende der besten Männer und Frauen unseres Volkes bedroht sind, erinnern wir den Staat an seine Pflicht, die Arbeitskraft, das beste und vornehmste Gut, die wichtigste Voraussetzung unseres wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieges, zu schützen. Wir fordern von ihm eine schnelle und ausreichende Erhöhung der staatlichen Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung, gleichzeitig aber auch eine gründliche Reform der gesetzlichen Bestimmungen über die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung.

Die Kurzarbeiterunterstützung ist jetzt, im Gegensatz zu früher, nicht mehr allgemeine Leistung der Erwerbslosenfürsorge. Die Gewährung dieser Unterstützung hängt vielmehr von dem Ermessen der obersten Landesbehörde ab. Kommt diese zur Ansicht, daß eine Unterstützung der Kurzarbeiter nicht erforderlich ist, dann wird den Kurzarbeitern dieses Bezirks oder Landes die Unterstützung vorenthalten. Daß dieser Zustand unhaltbar ist und daß es innerhalb eines einheitlichen Rechtsgebietes nicht angängig ist, zweierlei Rechte zu haben, bedarf nicht der besonderen Begründung.

Die erste Grundforderung ist deshalb gesetzliche Neuregelung der Kurzarbeiterunterstützung. An und für sich müssen zur Erlangung der Erwerbslosenunterstützung eine ganze Reihe Voraussetzungen erfüllt werden, die dann mehr oder weniger durch die oberste Landesbehörde oder die Arbeitsnachweise noch erschwert werden können.

Wird die Kurzarbeiterunterstützung gezahlt, dann ergibt die seit dem 1. April 1924 geltende Berechnungsart, daß die Unterstützung viel zu gering ist. Als Berechnungsgrundlage der Kurzarbeiterunterstützung dient der Unterschied zwischen dem verbliebenen Arbeitsverdienst und zwei Drittel des

Vollverdienstes. Von dem sich hieraus ergebenden Differenzbetrag erhält der Ledige 40 Prozent, der Verheiratete für jeden Angehörigen eine Erhöhung um 10 Prozent mehr, bis zu zwei Dritteln des vollen Verdienstes. Die Kurzarbeiterunterstützung wird also erst dann gewährt, wenn der Verdienst unter zwei Drittel des Volllohnes sinkt.

An einigen Beispielen wollen wir die Unzulänglichkeit der Unterstützung beweisen. Ein lediger Arbeiter verdient bei 48stündiger Arbeitszeit und 45 Pf. Stundenlohn 21,60 Mark, zwei Drittel hiervon ergeben 14,40 Mark.

Die Arbeitszeit ist auf 24 Stunden verkürzt, so daß er 10,80 Mk. verdient, der Unterschied zwischen zwei Drittel des Volllohnes und des Kurzarbeiterlohnes beträgt demnach 3,60 Mark. 40 Prozent dieser Summe ergeben 1,44 Mk., die, wenn alle sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, an den Kurzarbeiter als wöchentliches Unterstützungsbetrag gezahlt werden.

Würde der Kurzarbeiter in der Woche nur 16 Stunden arbeiten, dann beträgt die Kurzarbeiterunterstützung 2,88 Mk. pro Woche.

Ein verheirateter Arbeiter mit 4 Kindern erhält von dem Differenzbetrag, der sich aus dem zwei Drittel Volllohn und dem Kurzarbeiterlohn ergibt, 90 Prozent (40 Prozent für sich und je 10 Prozent für die Frau und 4 Kinder). Der Arbeiter würde bei 24stündiger Arbeitszeit wöchentlich 3,24 Mk., bei 16stündiger Arbeitszeit 6,48 Mk. an Kurzarbeiterunterstützung beziehen.

Diese Unterstützung neben dem geringen Verdienst sind unzureichend zur Erhaltung der Arbeitskraft. Trotz ihrer Verfügbarkeit hat die oberste Verwaltungsbehörde oder der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises noch die Möglichkeit, Einschränkungen bei der Kurzarbeiterunterstützung anzuordnen. Eine sofortige gesetzliche, einheitliche Neuregelung mit dem Ziel einer ausreichenden Erhöhung der Kurzarbeiter- und Erwerbslosenunterstützung ist angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit dringend notwendig. Man sage nicht: Der Staat habe hierzu keine Mittel. Möge er die Mittel von dort nehmen, wo sie sind. Der sozialdemokratische Antrag im Haushaltsausschuß des Reichstages, die zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung erforderlichen Beträge durch eine Steigerung der Lantiensteuer auf 100 Prozent zu decken, zeigt den Weg, der zu beschreiten ist.

Dawes-Gutachten und Arbeitnehmer-Interesse.

Von Professor Julius Hirsch.

Die Führung unserer Wirtschaftspolitik ist künftig nicht mehr allein unsere Sache. Recht deutlich erklärt der Dawes-Bericht, daß die bisherigen Richtlinien unserer Finanzpolitik nicht etwa nur diejenige der Inflationszeit, sondern schon die der Vorkriegszeit eine Art „Damping“ gewesen sei, weil man nicht so sehr auf die Rentabilität der Wagnen, sondern auf die Produktivität der ganzen Volkswirtschaft hingearbeitet hat. Die Sachverständigen weisen auf die rein privatwirtschaftlichen Grundzüge der Finanzpolitik in den Vereinigten Staaten und in England. Sie übersehen dabei, daß in Deutschland das Eisenbahnenwesen eine ganz andere Bedeutung hat als in dem meerrampflösen, von Kanälen durchzogenen englischen Königreich oder gar als in den Vereinigten Staaten, wo der Rohstoffreichtum des Landes der ganzen Volkswirtschaft ganz andere Kostenvorteile als der deutschen bietet. Die beiden praktischen Schlussfolgerungen sind aber die, daß wir für die nächste Zeit mit einem sehr entschiedenen Nachlassen der Eisenbahnstränge für Neubauten und Ausbau des Schwanenwesens und mit sehr beträchtlich höheren Preisen als vor dem Weltkriege zu rechnen haben. Die Sachverständigen können sich bei all ihren Ausführungen darüber auf deutsche Aussagen stützen. Aus Furcht vor einer Belastung ihrer eigenen Taschen haben die deutschen Industriellen immer wieder auf die große Belastungsfähigkeit unserer Eisenbahnen hingewiesen. Die deutsche Volkswirtschaft im ganzen, die deutschen Arbeitnehmer im besonderen haben ein sehr entschiedenes Interesse daran, daß die deutsche Eisenbahnpolitik, die Finanz- und damit die Preispolitik nach deutschen volkswirtschaftlichen Interessen und nicht nach einer hohen Rentabilität einer Eisenbahngesellschaft betrieben wird. Deshalb: Ablösung dieser Spezialschuld durch eine allgemeine

Dawes gilt von der Finanzpolitik. Diese ist ausdrücklich mit in die Hände nicht nur der neuen Rentenbank, sondern unter Umständen auch des „Agenten für Reparationszahlungen“ gelegt. Die Einsetzung dieses Agenten ist zunächst eine den deutschen Interessen günstige Maßnahme. Das Ausland hat uns immer wieder vorgerechnet, daß unsere innere Steuerkraft bei richtiger Anpassung sehr beträchtliche Summen für Reparationszahlungen aufbringen könne, zumal wir ja für die Kriegsanleihe infolge der Wertverminderung der Mark überhaupt keine Zinsen aufzubringen hätten. Demgegenüber haben wir stets auf die Tatsache verwiesen, daß Geldausbringung im Inlande noch lange nicht Zahlung aus Ausland sei. Versuche man für die aufgebracht Mark Devisen zu kaufen, so würden, wenn nicht aus großem Überfluß der Ausfuhr über die Einkuhr viele Devisen übrig blieben, eben draußen immer mehr Marknoten zum Verkauf angeboten, der Preis der Mark müßte sinken, und so würde wieder eine neue Währungskaustrophe entstehen. Diese würde aber, wie die Vergangenheit gezeigt habe, bald zur Zahlungsunfähigkeit, deshalb erstrebte Rathenau die Ersetzung dieser Goldleistungen durch Sachleistungen. Solche bedeuten aber für unsere Ausfuhr unter Umständen auch eine Weg-

nahme von Rohstoff und Arbeitskraft, folglich eine Verkleinerung der Produktionsmengen und damit einen Defizitmangel; ferner aber weichte sich z. B. die französische Industrie auch gegen allweltliche Sachleistungen, weil daraus für sie selber eine Verminderung der Arbeitsgelegenheit entstehen könnte.

In dieser Hinsicht gibt man sich vielfach übertriebenen Hoffnungen hin. Die Hauptaufgabe des Agenten ist schließlich, dafür zu sorgen, daß die Entente möglichst große Zahlungen in Gold und Sachleistungen erhält. Deshalb muß er dafür sorgen, daß möglichst viel Devisen nicht nur nach Deutschland hineinkommen, sondern besonders auch verfügbar in der neuen Rentenbank bereitgestellt werden.

Auf die Verteilung der Lasten zu achten, haben die Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland besonderen Anlaß. Nicht nur deshalb, weil sie schließlich in der ganzen Zeit der Inflation neben den Rentenempfängern und Papiermarkbesitzern fast die alleinigen Träger aller Lasten aus Reparationsleistung und Nichterfüllung sind aller sonstigen Staatslasten gewesen sind, sondern weil auch die Lastenverteilung, die das Gutachten annehmbar vorschreibt, sie wieder zu Hauptträgern der Belastung macht.

Man ist heute die Belastung der Eisenbahn auch nicht anders als eine Verbrauchssteuer. Zwar besteht das Gutachten, daß Deutschland zu schließlich durch die Inflation auch seine Eisenbahngeld verlieren habe. In Wirklichkeit war diese aber vor dem Weltkrieg bereits bekannt, nämlich die Eigenart der deutschen Volkswirtschaft, die auf engem Territorium eine schnell wachsende Bevölkerungsmasse ernähren mußte, zu demselben Ansehen führte.

soweit es gemeinwirtschaftlich im Staatsbetrieb aufgebracht worden war, weitgehend verzichtet. Nun sollen wir eine recht große Verzinsung ausbringen, weit mehr als die uns benachbarten Staaten, denn der Goldwert unserer Eisenbahnen würde wohl bedeutend zu hoch angenommen. Es ist dabei nicht berücksichtigt, daß aus unserem Eisenbahnsystem die wertvollsten Zentralfrecken der abgetretenen Provinzen herausgerissen sind, der Goldwert des ganzen Eisenbahnunternehmens deshalb viel tiefer als einst liegt.

Schon dünnet den Völkern das Bewußtsein, daß sie ihre Interessen decken, daß sie weit davon entfernt sind, sich im Gegensaße zu einander befinden zu müssen, wie es jene ihnen vorschweben, die sie da täuschen wollten, um sie zu trennen, und die sie zu trennen trachten, um sie desto sicherer in ihrer Hand zu haben; schon drängt die Völker lebhaft ihre Instinkt darauf hin, sich einander zu nähern, sich als Brüder zu betrachten. Bald wird die Stunde kommen, da sie sich gegenseitig unterstützen, sich gegenseitig helfen.

Lamoureaux (1888)

und Gehaltsempfänger. Dieses Mißverhältnis übersehen auch die Verfasser des Dawes-Berichtes nicht. Sie glaubten aber offenbar, die Sicherung der inneren Ausbringung der Reparationen dadurch schaffen zu sollen, daß sie dem alten Brauch der Verpfändung von Staatsrenten nachgibt, also eben Eisenbahnen, Zölle und Verbrauchssteuern hauptsächlich als Pfand wählten. Doch weisen sie in ihren Darstellungen ganz ausdrücklich darauf hin, daß die von ihnen verlangten Einnahmepfänder ja nur einen Teil der deutschen Staatslasten darstellen und daß gegenüber dieser Belastung des Verbrauchs Deutschland bei den Steuern für seine sonstigen Ausgaben einen Ausgleich auch finden müsse, einmal durch Verbesserung seiner volkswirtschaftlichen Organisation, zum andern aber auch in einer teilweisen Entlastung des Verbrauchs und in einer stärkeren Belastung des Besitzes und der hohen Einkommen.

Denkmitteln eingeschoben hat. Dies ist bei uns in größtem Maßstabe der Fall. Und wenn man außer dem Tabakmonopol noch ein solches für den Handel mit anderen nicht unbedingt notwendigen Denkmitteln einführen würde, so würden die Staatsausgaben durch eine Vereinfachung und Verbesserung der volkswirtschaftlichen Organisation gedeckt werden. Das liegt aber durchaus im Sinne des wirklichen volkswirtschaftlichen Interesses im allgemeinen denjenigen der deutschen Arbeitnehmer im besonderen.

Im übrigen verlangen die Sachverständigen des Dawes-Komitees eine Herabsetzung der Umsatzsteuer. Diese verleierte die Waren um mindestens 10 v. H., ohne daß doch der Staat diese Beträge wirklich einnimmt. Sie ist eine der wesentlichen Ursachen unserer gegenwärtigen Überweltmarktpreise und wird unbedingt abgebaut werden müssen. Dann aber verweist das Gutachten auf drei Einkommenquellen, die Deutschland nicht in genügender Weise auszunutzen habe, nämlich auf die Erbschaftsteuer, deren Sätze nach ihrer Meinung hinter denjenigen der Ententestaaten beträchtlich zurückbleiben; ferner auf die Besteuerung der hohen Einkommen, bei denen sie in klassischer Weise nachweisen, daß die theoretisch hohen Sätze in Wirklichkeit praktisch noch nicht zur Hälfte eingekommen sind, und endlich verweisen die Sachverständigen auf die Möglichkeit, daß Deutschland auch eine Sachwertbelastung der Landwirtschaft durchführe. Ferner verweisen sie auch auf die Möglichkeit einer viel stärkeren Besteuerung der Inflationseinnahme, als Deutschland sie bisher versucht hat.

4. Praktische Folgerungen aus der Kritik.

Alle diese Hinweise der Sachverständigen sind erfreulich und besonders auch der Hinweis, daß die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter diejenige der Ententestaaten sinken dürfe. Aber leider sind die meisten Punkte gerade keine zwingenden Vorschriften des Gutachtens, und zwischen den Zeilen verweisen sie eben die Lösung dieser Frage letztlich und endlich auf die Wirtschaftsverhältnisse innerhalb Deutschlands selber. Der Dawes-Bericht schafft einen Zustand, der unter allen Umständen besser für die Volkswirtschaft und besser für die breiten Massen ist als derjenige der Inflation und als der gegenwärtige des Mium-Systems. Aber keineswegs ist dieser Zustand so, daß man in ihm eine gerechte Verteilung der Lasten aus dem verlorenen Kriege erblicken kann, sondern was er zunächst schafft, ist eine Lastenauferlegung großen Stils auf die breiten Massen und den Hinweis an diese, um diese Lastenauferlegung nun im frei gebliebenen Gebiet, nämlich bei der inneren Staatslast, zu kämpfen. Dieser Kampf wird zu führen sein etwa unter folgenden Gesichtspunkten:

- 1. Das Interesse der breiten Volksmassen erfordert nach Annahme des Dawes-Berichtes eine schnellste und nachdrücklichste Sinarbeitung auf Abtragung der Kriegsschuld durch Kapitalisierung und schnellste Freigabe, sowohl des besetzten Landes als auch der Pfänder, insbesondere derjenigen, die eine Belastung des Verbrauchs darstellen.
2. Inzwischen müssen sich die deutschen Volksmassen bei ihrem Kampf um eine erträgliche Gestaltung ihrer Lebensbedingungen auf die allgemeine Tendenz des Gutachtens stützen, das ausdrücklich den Lebensstandard der deutschen arbeitenden Massen — und damit offenbar auch Arbeitslohn und Arbeitslohn nicht unter den allgemeinen Standard der Ententestaaten gesenkt sehen will.
3. Die Lasten, die das Gutachten auferlegt, treffen zu gleichen Teilen den Verbrauch und nur zu einem Teil den Besitz. Um so mehr muß die innere Staatslast einen Ausgleich für den Verbrauch bieten und durch eine stärkere Heranziehung des Besitzes getragen werden. Dieses Finanzprogramm muß zugleich so gestaltet sein, daß es die Tragung der Lasten nicht durch schwere Belastung der deutschen Arbeitskraft und des Verbrauchs, sondern durch hohe Organisation der deutschen Volkswirtschaft herbeiführt. In diesem Sinne würde das Finanzprogramm in ähnlicher Umriß etwa so aussehen müssen:
a) Schnellste Herabsetzung der Umsatzsteuer auf höchstens 2 v. H. binnen Jahresfrist.
b) Stärkste Heranziehung des Besitzes durch weitgehenden Ausbau der Erbschaftsteuer. Wirkliche Auswertung zugunsten der öffentlichen Hand und nicht Scheinbewertung zugunsten einer kleinen zufälligen Gruppe einzelner Geschädigter. Dies allein ermöglicht

Vaterland.

Von Prof. G. S. Trill

Unter dem Titel "Vaterland" veröffentlicht Max G. S. Trill (Verlag des neue Geschlecht, Frankfurt am Main, Preis 20 Pfennig) eine empfehlenswerte Broschüre, die ihrer inhaltlichen und geschichtlichen Art wegen in hervorragender Weise zu Agitationszwecken geeignet ist. Sie enthält eine Reihe von Aufsätzen, die die deutsche Nation zu einer einheitlichen Fronte gegen die Völker der Welt ermahnen.

Wer wirklich das Wohl seines Volkes will, kann keinen neuen Krieg wollen. Wir können die furchtbaren Folgen des letzten für Deutschland verlorenen Krieges, dessen Unheil erhaben an die Millionen Kräfte und Tote, an die Millionen, unglücklichen Kinder haben wir gesehen. In die Geschichte, an die Kriegskriegskrieg, Kämpfe, Gewalt, an die unglücklichen Kinder der Welt, die noch heute mit ihren Geschwären, hohen Wangen, tiefen Augen und verwundeten Körpern schmerzliche Blicke gegen den Himmel des Krieges erheben.

Wer wirklich national denkt, der weiß, das will, was seinem Volke nützt, kann keine Gewalt der Schwärzen, des gefährlichen Dämons, der Handwerker, der lehrer, der Arbeiter und der Soldaten, der heimlichen Flieger, der friedlich schwebenden Hähnen und Kinder, sondern ein Kämpfer hinter der eigenen Kampflinie, die leuchtenden Sterne nicht mehr wollen. Ja, er darf nicht den schmerzlichen Vorwurf auf sich laden, daß er die Agitation, die leuchtenden Sterne oder durch politische Selbstlosigkeit oder politische Selbstlosigkeit mit dem beigetragen zu haben, daß eine Stimmung für einen Krieg entstehen kann.

Wer wirklich national denkt, der weiß, das will, was seinem Volke nützt, kann keine Gewalt der Schwärzen, des gefährlichen Dämons, der Handwerker, der lehrer, der Arbeiter und der Soldaten, der heimlichen Flieger, der friedlich schwebenden Hähnen und Kinder, sondern ein Kämpfer hinter der eigenen Kampflinie, die leuchtenden Sterne nicht mehr wollen. Ja, er darf nicht den schmerzlichen Vorwurf auf sich laden, daß er die Agitation, die leuchtenden Sterne oder durch politische Selbstlosigkeit oder politische Selbstlosigkeit mit dem beigetragen zu haben, daß eine Stimmung für einen Krieg entstehen kann.

Es ist ein nationaler Gedanke, das Wohl und Wehe eines Volkes von jenem Zustand eines Erfahrungsgebietes abhängig

gebraucht hat. Der Krieg ist zu Ende — die Gelehrten forschen weiter.

Dr. Philippson in Chicago, ein bekannter amerikanischer Chemiker, hat ein Gift erfunden, von dem drei Tropfen genügen, um einen erwachsenen Menschen körperlich und geistlich in weniger als einer Sekunde zu zerschlagen. Dabei ist es ausserordentlich, wenn der flüchtige Tod des Dr. Philippson mit der Hand des Opfers in Verbindung kommt. Es handelt es sich um irgendeine bezaubernde Stoffe in kurzer Zeit zu hellen Flammen an. Nach einem Vortrag des amerikanischen Generals Lanes im Völkerverband sind von dem flüchtigen Tod des Dr. Philippson allein in Amerika 200 Tausend vergeblich worden.

In Newport-News schreibt Edwin C. Hill:

Der nächste Krieg wird sich in London abspielen. Durchdrungen mit dem Schrecken, Ekel und Schrecken Kinder und Verbannter. Kriege der Vergangenheit waren Konflikte zwischen Asiaten und Amerikanern. Plumpse Duelle, mit plumpen Werkzeugen, nicht sehr verschieden von denen, die Napoleon, Grant und Meikle benutzten. Kriege der Zukunft werden nach heute unvorstellbar schreckliche Kämpfe sein, geführt von flüchtigen Heeren mit Augenklappen. Sie werden in Laboratorien fertig und über Täler, Gebirge, Armeen, Flotten und große Städte hinweg den Tod ausstreuen lassen. Giftgasen, die nicht nur den Körper zerstören, sondern den Geist zerstören und durch Furcht und starke Angst vor dem Unbekannten, Menschen von flüchtigen, tödlichen Gift, das wie Regen von den Wolken fällt. Wie ein Schnitzmesser breitet über weite Ebene Gift sich aus, das in der Höhe wütend aufwärts zur Entladung gebracht wird, vollständig gerichtet, und es wird zum Meißel der Welt.

Ich frage dich, du jugendlicher Freund, der du begeistert von Powers' Glas, von den Kämpfen zwischen Hebräer und Achilleus, selbst von diesem Karl May und Maria Wincos, von den Kämpfen Rama gegen Rama im Teufelsberg Wald und den mittelalterlichen Ritterkämpfen bist, wo es immer noch noch möglich war, persönliche Mut Ang in Ang mit seinem Gegner zu bezwingen, kannst du dich für einen Krieg der Heimschmerz und des Massenmordes (auch von unabhängigen Frauen und Kindern) begeistern? Ja, wenn Konflikte zwischen den Völkern noch existieren werden können durch Einverständnis der Führer, wie im tragischen Krieg, dann könnte man einen Krieg für noch gehalten lassen. Wenn Enden doch gegen sich mit der Plumpse bis zur Entzündung sich verhalten würden, dann würde ich keine Begeisterung für einen Krieg der Streitigkeiten zwischen Völkern noch begreifen können. Das Volk (besonders die unabhängigen Frauen und Kinder) hätte nicht den Mut zu leiden. Das wäre immens noch ein spirituelle Angelegenheit.

Ich komme die Gedächtnis, die überlebige Militär und Renan-Gelehrten in den sogenannten unglücklichen Verdrängen und zum Teil auch in ihren Zeitungen erweisen lassen so radikalen Voranschritt. Diese Träume und Wünsche sind nur die Begierden der unglücklichen Gedankenverdrängen. Aber ich frage, wenn unsere denkwürdigen Vorfahren noch furchtbare Waffen ausgestellt hätten, was gibt ihnen die Gewißheit, daß die Leute von der anderen Seite nicht noch schmerzlichere Waffen ausfinden werden? Haben die geistig sind, in wenigen Tagen nicht das ganze deutsche Volk vom Erdboden verschwinden zu lassen. Ich frage: Ist es national gedacht, das Wohl und Wehe eines Volkes von jenem Zustand eines Erfahrungsgebietes abhängig

zu machen? Könnte es ein schlimmeres, verdrehtes, politisches Tabanquespiel geben?

Ist es nicht viel nationaler, alles zu tun, um die Völker zu gegenseitiger Achtung und zu friedlichem Wettbewerb auf wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten zu erziehen? In Paris ist im besten Sinne des Wortes? Und zu wahrenen Lektüren?

Ist die Forderung nach Völkerverjüngung angeht, die Unmenslichkeit künftiger Kriege nicht ein hohes, sittliches Gebot? Es ist höchste Zeit, daß die Völker ihren Regierungen gegenüber in aller Energie erklären: Weil wir das Beste unseres Volkes wollen, weigern wir uns, das Furchtbare, Grausame des modernen Giftkrieges mitzumachen! Wir sind Kriegsdienstverweigerer aus reinem, bestem Nationalismus, weil wir unser Vaterland nicht barbarischer, chemischer Vernichtung preisgeben wollen!

Martin Luther, der geistige Führer deutscher protestantischer Christen, sagte einmal: Kanonen und Feuerwaffen sind grauam und verdammswürde Maschinen. Wenn Adam in einem Traum gesehen hätte, welche schrecklichen Werkzeuge seine Kinder erfinden würden, so würde er vor Gram gestorben sein. Daß heute ein Martin Luther, als eine "faule Greise" noch mit plumpen Eisenkugeln dicke Städte und Burgen zu bombardieren versucht. Was hätte erst ein Martin Luther gesagt, wenn er die Granaten und Schrapnells oder gar erst die Leuchtbomben gekannt hätte?

Das Kriegsgebet Mark Twains.

Eine Idee kann oft am besten illustriert werden, wenn sie ad absurdum geführt wird. Dies hat der bekannte amerikanische Schriftsteller Mark Twain in seinem Kriegsgebet. Er zieht darin mit sarkastischer Schärfe die letzte Konsequenz eines Wahnsinns, den jeder als selbstverständlich und edel betrachtet, wenn einmal der Krieg ausgebrochen ist: den eigenen Sieg und die Niederlage des Feindes.

O Herr und Gott! Unsere jungen Patrioten, die Geliebten unseres Herzens, schreien zur Schmach. Sei da mit ihnen! Auch wir werden sie im Geiste begleiten. Wir verlassen den süßen Frieden unseres Heims und gehen aus, den Feind zu schlagen.

O Herr, unser Gott! Siehe uns bei, daß unsere Granaten die Gegner in blutige Felsen zerreißen; hilf uns, ihre Leichen zu finden mit den traurigen Gebärden dahingestreckter Leiber zu erfüllen; siehe uns bei, damit das Schreien der in Schmerz verzerrten, verwundeten Feinde das Donnern der Kanonen überläßt; hilf uns, ihre beschiedenen Wohnstätten in Feuer und Asche zu legen; die Herzen ihrer unglücklichen Witwen zu wärmen; hilf uns, sie mit ihren kleinen Kindern von Haus und Hof zu vertreiben, auf daß sie in Lumpen gehüllt, hungrig und durstig, der teuigen Hitze des Sommers und den eiligen Winden des Winters ausgeliefert über die verwüsteten Felder ihres trostlosen Landes gehen und gedrohen an Leib und Seele. dich, o Herr, um die Erlösung des Todes bitten, den du ihnen verweigert. Uns zum Heil o geliebter Gott, verleihe ihre Hoffnungen, verleihe ihr Leben, ersühne ihnen ihren bitteren Gang, färbe den weißen Schnee mit dem Blut ihrer wunden Füße. Gehöre unser Gebet, o Herr, und wir werden dich jetzt und immer loben und preisen. Amen.

Abbildung der Reparationslast durch weitestgehende Sachverteilung und Sachverteilung in Landwirtschaft, Industrie, Handel und Bankwesen.

Die Last des Dawes-Berichts ist kleiner als diejenige des unglücklichen Locarno-Systems. Sie bleibt immer noch weit größer, als sie je einem Volke in der Weltgeschichte auferlegt worden ist.

Die Entlassungsstreitigkeiten vor dem Arbeitsgericht.

Durch die §§ 84 bis 90 des Betriebsrätegesetzes sollen die Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen geschützt werden.

- 1. wenn die Kündigung als eine Maßregelung angesehen werden kann,
2. wenn die Kündigung ohne Angabe von Gründen erfolgt,
3. wenn die Kündigung deshalb erfolgt ist, weil der Arbeitnehmer sich weigerte, dauernd andere Arbeit als bei der Einstellung vereinbarte zu verrichten,
4. wenn die Kündigung eine unbillige Härte darstellt.

Erfolgt die Kündigung freiwillig aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einbindung einer Kündigungsfrist berechtigt, so kann der Einspruch auch darauf gestützt werden, daß ein solcher Grund nicht vorliegt.

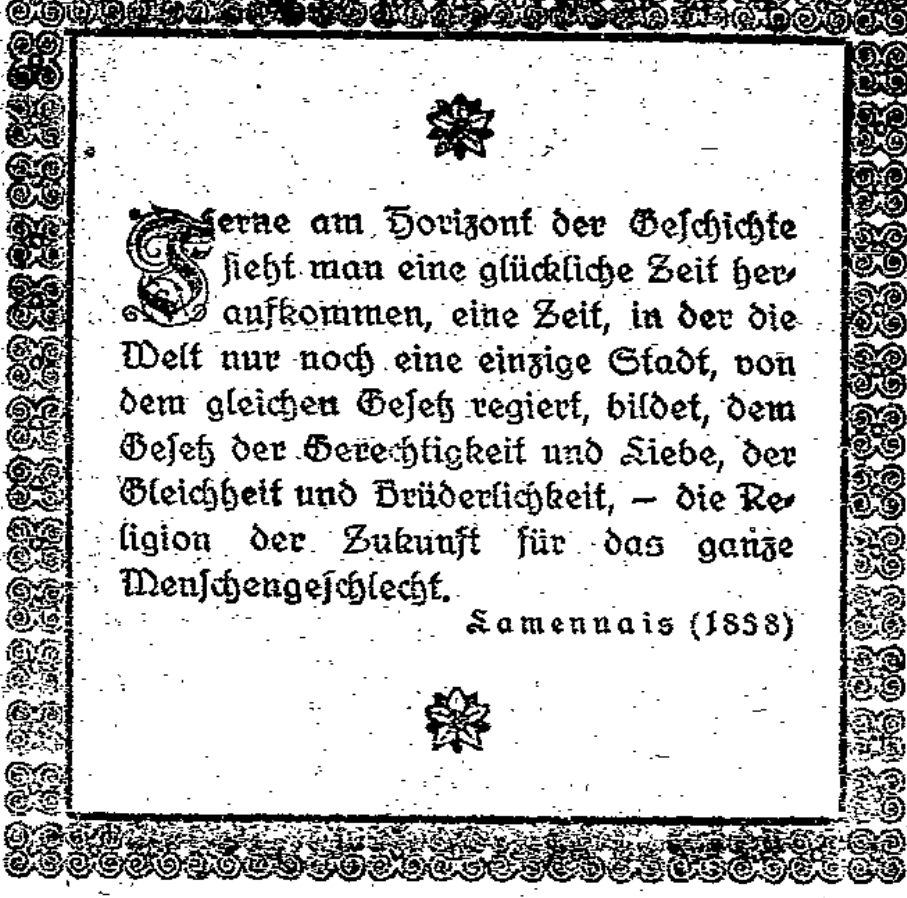
Der Einspruch gegen eine Kündigung bzw. Entlassung kann nur in den Betrieben erhoben werden, wo ein Arbeiterrat besteht. War vom Betriebsrat bei Ablauf seiner Wahlzeit oder vom Arbeitgeber gemäß § 23 BtRG ein Wahlvorstand bestellt und die Wahl angezeichnet, ohne daß die Arbeitnehmer von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten und ein Arbeiter- oder Angestelltenrat durch die Sammelstimme der Arbeitnehmer nicht zustande gekommen ist, so haben die in diesen Betrieben entlassenen Arbeitnehmer kein Einspruchsrecht bei Kündigungen bzw. Entlassungen.

Durch die Verordnungen vom 30. 10. 1923 und 11. 12. 1923 ist das Schlichtungswesen neu geregelt. Die Entlassungsstreitigkeiten werden seit dem 1. Januar 1924 nicht mehr von den Schlichtungsausschüssen, sondern von den Arbeitsgerichten, das sind die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, und wo diese nicht bestehen, die arbeitsgerichtlichen Kammern der Schlichtungsausschüsse, entschieden.

- 1. die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts;
2. die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag;
3. die Ladung des Beklagten vor das Prozessgericht zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits.
Die Klage soll nach § 23 Abs. 3, § 130 der ZPO. n. a. enthalten:
1. die Bezeichnung der Parteien nach Namen, Stand, Wohnort usw.;
2. die Anträge, welche die Partei in der Gerichtsinstanz zu stellen beabsichtigt;
3. die Angabe der zur Begründung der Anträge dienenden tatsächlichen Verhältnisse.

- 4. die Bezeichnung der Beweismittel, welche sich die Partei zum Nachweise oder zur Widerlegung tatsächlicher Behauptungen bedienen will sowie die Erklärung über die vom Gegner bezeichneten Beweismittel;
5. die Unterschrift.
Diese vorkehend aufgestellten Erfordernisse sind unbedingt einzuhalten. Bei Fehlen einer dieser Erfordernisse liegt die Gefahr vor, daß das Arbeitsgericht das Einspruchsverfahren abweist.

Die gekündigten Arbeitnehmer müssen innerhalb 5 Tagen, gerechnet vom Tage der Kündigung an, bei dem Vorsitzenden des



Geräte am Horizont der Geschichte

Sieht man eine glückliche Zeit hervorkommen, eine Zeit, in der die Welt nur noch eine einzige Stadt, von dem gleichen Gesetz regiert, bildet, dem Gesetz der Gerechtigkeit und Liebe, der Gleichheit und Brüderlichkeit, - die Religion der Zukunft für das ganze Menschengeschlecht.

Arbeiterrat, im Falle der Verhinderung bei dem Stellvertreter, Einspruch gegen die Kündigung erheben. Die Gründe des Einspruchs sind mit darzulegen. Der Vorsitzende bzw. Stellvertreter hat alle Mitglieder des Arbeiterrats unter Angabe des Beratungsgegenstandes zu einer Sitzung zu laden, zu der mehr als die Hälfte der Einzelstimmten erscheinen muß.

Bei der Einreichung der Klage bei dem Arbeitsgericht ist außerdem noch Datum des zur ersten Verhandlungsvorhandlung angelegten Tages und Datum des Verkündens der Verhandlungsvorhandlung anzugeben. Des weiteren ist anzugeben: eine eingehende Darstellung der Gründe des Einspruchs und die Angabe der Beweise ihrer Berechtigung (warum z. B. die Kündigung bzw. Entlassung als unbillige Härte betrachtet wird).

Aus der Industrie Chemische Industrie

Aus dem Jahresbericht der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie im Jahre 1923.

Die Zahl der Betriebe ist von 14 909 des Vorjahres auf 14 448 zurückgegangen. Die Verminderung ist auf die ungünstige Wirtschaftslage des Jahres 1923 zurückzuführen.

Wie alle Einrichtungen, die auf Mitgliederbeiträgen aufgebaut sind, ist auch die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie in der Inflationszeit von ihrem Vermögen befreit worden.

Betriebsbesichtigungen konnten unter solchen Umständen nur noch am Wohnort des Unfallbeamten ausgeführt werden, was eine beträchtliche Herabminderung der Besichtigungen gegenüber dem Vorjahre mit sich brachte.

Daß in vielen Betrieben der chemischen Industrie der Arbeiterschutz zu wünschen übrig läßt, ist bekannt. Die Unternehmer bestritten das, und in den Betrieben der Berufsgenossenschaft ist wenig darüber zu finden.

Die an Betriebsstätten festgestellten Mängel waren im allgemeinen ähnlicher Art wie die, die in den Vorjahren zu beobachten waren. Unzureichend oder überhaupt nicht gesicherte Leitern wurden in großer Zahl vorgefunden.

Die hier angeführten (scheinbar kleinen) Mängel können schwere Unfälle herbeiführen. Durch Verwendung von Leitern anstatt fester Bühnen vor den Boffischen sind wiederholt Todesfälle vorgekommen.

Die Gesamtzahl der im Berichtsjahre gemeldeten Unfälle beträgt 13 669 gegen 19 178 im Jahre 1922. Davon wurden erstmalig eingeschädigt 1565 Unfälle mit 200 Todesfällen gegen 2315 Unfälle mit 301 Todesfällen.

Die folgende Tabelle gibt die Ursachen der erstmalig eingeschädigten Unfälle an.

Table with 12 columns: Anzahl der eingeschädigten Unfälle, Anzahl der eingeschädigten Unfälle, Zahl der erstmalig eingeschädigten Unfälle nach den Ursachen gesondert (1-12), and Summe.

Im Bericht heißt es zu dieser Tabelle, daß aus dieser Zusammenfassung der eingeschädigten Unfälle nach den Ursachen zu ersehen ist, daß 159 Unfälle (Spalte 1-3) = 10,2 Prozent der Schuld der Unternehmer, 664 Unfälle (Spalte 4 bis 10) = 42,4 Prozent, dem Verhalten der Arbeiter und 742 Unfälle (Spalte 11 und 12) = 47,4 Prozent unglücklichen

Infällen, nicht zu ermittelnden Ursachen und besonderen Vertriebsgefahren zuzuschreiben sind.

Wir kommen zu anderen Resultaten. Nach den ersten drei Spalten handelt es sich um Verschulden der Unternehmer, denn sie sind verpflichtet, ihre Betriebe ordnungsmäßig einzurichten, die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen anzubringen und die Arbeiter mit der Handhabung der Maschinen und Apparate vertraut zu machen.

Demgegenüber müssen die 83 Fälle der Spalten 6 und 10 als fehlende Schuld der Arbeiter betrachtet werden. Die 47 Fälle der Spalte 9 auf die Schuld der Arbeiter zu buchen, ist, gelinde gesagt, leichtfertig, denn es werden in diesen Fällen zwei Ursachen angegeben, wovon die eine bereits auf dem Schuldkonto der Unternehmer in Spalte 3 erscheint.

Nun aber zu Spalte 7: Ungechicklichkeit, Unvorsichtigkeit, 317 Fälle. Nehmen wir einmal an, der Betrieb ist in technischer Hinsicht einwandfrei. Ein Arbeiter in der Sulfäure zieht von Hand Sulfat oder in der Schwefelsäure Abbrand aus dem Ofen. Ein Stück Schlacke oder Schwefelkies auf dem Boden bringt den betreffenden Arbeiter zu Fall, wobei er sich durch heißes Sulfat oder Abbrand schwer verletzt. In diesen Fällen liegt Unvorsichtigkeit vor, weil die auf dem Boden liegenden Schlacken oder Schwefelkiese unbeachtet blieben, und auch Ungechicklichkeit, weil der Arbeiter über diese vielleicht nur kleineren Gegenstände zu Falle kam.

Als probates Mittel gegen Unfälle scheint den Berichtserfassern die Aufhebung der Unfallrenten vorzuschweben, wenn die Ausfahrungen auf Seite 6 einen Sinn haben sollen. Es heißt dort, daß die Einsicht der Unternehmer für die Notwendigkeit der Schutzmaßnahmen und der gute Wille zur Erfüllung der Vorschriften fast durchweg vorhanden waren.

In dem Schluß der Arbeiterzeitung war keine wesentliche Änderung zu bemerken. Die betrübliche Entwertung der Unfallrenten, die vorübergehend eingetreten war, dürfte für die Versicherer ein Impuls gewesen sein, durch strenge Beachtung der Vorschriften zur Verminderung der Unfälle beizutragen.

In diesen Sätzen kommt der verstellte Vorwurf wieder zum Vorschein, daß die Arbeiter den Unfallrenten nachjagen. Wenn wird dieser gänzlich unbegründete Vorwurf endlich endgültig aus den Berichten verdrängt?

Die vertritt sich aber die Ansicht, daß die Unfälle infolge mangelhafter Renten durch größere Aufmerksamkeit der Versicherer selbst herabgemindert sind mit dem schon erwähnten Satz des Berichtes, daß sich irgendwelche Schlüsse für die Unfallberühmung aus dem Rückgang der Unfallzahlen nicht ziehen lassen?

Zum Schluß nimmt der Bericht zum Einfluß der Oedingen auf die Häufigkeit und Schwere der Unfälle Stellung. Ein nachteiliger Einfluß auf die Zahl der Unfälle sei nicht festgestellt worden. Es wurde beobachtet, daß Oedingen in manchen mechanischen Betrieben vorkommen, dagegen in den eigentlichen chemischen Betrieben nirgends vorgefunden wurde. Warum für Akkordarbeit das Wort Oedingenarbeit, das in der chemischen Industrie nicht gebräuchlich ist, angewendet wurde, und ob durch dieses Wort eine falsche Fragestellung solche Antworten gezeitigt hat, entspricht sich unserer Kenntnis. Jetzt geht aber, daß in den mechanischen Betrieben der chemischen Industrie nicht nur Oedingenarbeit, sondern vorwiegend Akkordarbeit besteht. Auch in den rein chemischen Betrieben wird manchmal in Akkord, häufig aber mit Prämien gearbeitet. Diese wirken sich genau wie Akkordarbeit aus. Sie treiben den Arbeiter zur größtmöglichen Leistung, was in der chemischen Industrie fast immer mit Gefahren für die Arbeiter und den Betrieb verbunden ist. Zu dieser Tatsache wird auch nichts geändert, wenn die Unfallrenten für die Arbeiter und die Aufsichtsbearbeiter der Betriebsgemeinschaften nie höher nicht festsetzen konnten.

Konferenz für die Sektion 5 b

Am Sonntag, dem 20. Juli, fand in Nürnberg eine Konferenz der Gruppe Chemie mit folgender Tagesordnung statt:

- 1. Die Lohnfrage in der Sektion 5 b.
2. Die Aufhebung der Unfallrenten unter besonderer Berücksichtigung der Unfallrentenfrage.

Am Montag, dem 21. Juli, fand in Nürnberg eine Konferenz der Gruppe Chemie mit folgender Tagesordnung statt:

Am Montag, dem 21. Juli, fand in Nürnberg eine Konferenz der Gruppe Chemie mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Unfallrentenfrage. 2. Die Unfallrentenfrage. 3. Die Unfallrentenfrage.

Carstmann den geschlichen Schlichter zur Vermittlung an. Die vorgeschlagenen unparteiischen Vorschläge wurden von beiden Tarifkontrahenten abgelehnt. Nach Ernennung eines unparteiischen Vorsitzenden durch die Regierung fand am 14. Juli eine Schlichtung statt. Das Ergebnis war, daß der Vorsitzende einen Spruch fällte, der die bisherigen Löhne bis auf weiteres mit einer achtstägigen Kündigungsfrist verlängerte. Allgemeine Entzweiung kam zum Ausdruck, als die Einstellung des Besizers zur Kenntnis genommen wurde, der in seinem Privatberuf Syndikus des Magdeburger Arbeitgeberverbandes ist. Dieser Herr brachte zum Ausdruck: Die Lohnpolitik der Sektion 5 b müßte von allen Arbeitnehmern von Mitteldeutschland bekämpft werden, weil dieselbe für die übrigen Industrien sehr schädlich sei. Die Ausfahrungen über die bisherigen Sprüche der Tarifinstanzen und die Einstellung unseres Bezirkslohnabkommens förderte eine Unkenntnis der wick-

Internationaler Anti-Kriegstag 1924. 3. Sonntag im September. Ein zentrales Plakat mit einem Stern in der Mitte und dem Titel in großen, fetten Buchstaben.

lichen Tatsachen zutage, daß wir S. u. Dr. Loh, bevor er wieder ein solches Amt annimmt, dringend raten möchten, die bestehenden Tarifverträge zu studieren.

Die Ansprache zeigte, daß sämtliche Redner mit der Tätigkeit der Gewerkschaften bzw. Lohnkommission einverstanden waren. Nur einige Kollegen der sogenannten Opposition konnten es nicht verkneifen, Anwürfe gegen die Tätigkeit der Spitzen zu erheben. Diese Kollegen erhielten durch die Kollegen Augustus (Leunawerk), Felsenträger (Wespa), Götting (Wolke), Lebbien (Wieserfeld) und Lindau (Klopp) eine gründliche Abfuhr. Nachdem Lohs in seinem Schlußwort die Kollegen Söcker (Halle) und Michaelis (Eilenburg) auf die Widersprüche ihrer Ausfahrungen aufmerksam gemacht hatte, wurde zur Abstimmung geschritten, der eine einstimmige Ablehnung des Schiedsspruches ergab.

Eingangs seiner Darlegungen zum 2. Punkt der Tagesordnung betonte Schneider (Erfurt), daß der Beschluß zum 1. Punkt der Tagesordnung nicht den Unterton für die Beratungen des 2. Punktes abgeben dürfe. Nachdem Redner den Reichsrahmenvortrag für die chemische Industrie einer eingehenden Würdigung unterzogen hatte, legte er die Gründe dar, die für Annahme oder Ablehnung der in längeren Verhandlungen zustande gekommenen neuen Vereinbarungen in der Arbeitszeitfrage sprechen. Nach längerer Ansprache erklärte sich die Konferenz mit großer Mehrheit - gegen 6 Stimmen - für die Annahme der neuen Vereinbarungen über die Arbeitszeit.

Kommunistische Gewerkschaftsstrategie am Oberrhein.

Das Industrieverbänden der 'Risikoergänzen' ist auf der Suche nach neuen Niederlagen, die es dann gewiß wieder in Siege umzuwandeln wird. Der 'Honz' des Industrieverbandes, S o n n e n (Stuttgart), hat seine Tätigkeit nach dem Oberrhein verlegt. Aus Anlaß eines Lohnstreikes, der durch Verhandlungen unseres Organisationssekretärs mit den Arbeitgeberern erleichtert wurde, hat der nach billigeren Rohstoffen drängende Industrieverband der chemischen Industrie in Wuppertal und Grenzach ein wortreiches Ultimatum gestellt, das in härtestem Gegensatz zu der organisatorischen Kraft des Industrieverbandes steht. Die Unternehmer beantworteten es nicht. Auf das Versprechen des Moskauer Heilsapostels bauend, der ganze Eisenbahnzüge mit Lebensmitteln und Geld aus Moskau in Aussicht stellte, traten eine Anzahl irregulärer Arbeiter in den Streik. Die Arbeitgeber antworteten auf der Aussperrung von 800 Arbeitern und Arbeiterinnen. Der örtliche Führer der Kommunisten, Brattel, der mit Hoffmann die Bewegung einleitete, ging in Urlaub, nachdem er sah, daß die Sache ernsthaft wurde. Bald wird nun wieder der kommunistische Wälderwald rauschen und die gewerkschaftliche Dummheit wird sich hinter den Schrei vom Betrug der reformistischen Gewerkschaften verstecken, um die eigene Niederlage zu verschleiern.

Mörderische Gase.

Nach dem 'Vorwärts' vom 20. Juli erkrankten infolge Einatmens von Dinitro-Benzoldämpfen bei einer Gefechtsübung der Gesellschaft für Heeresgut in Rothensheim bei Königsberg eine große Anzahl Arbeiter. Eine Arbeiterin und sechs Arbeiter mußten dem Krankenhause zugeführt werden. Eine Person starb. Sind denn die Gase bei der Verwertung von Heeresgut jetzt, nach beinahe 6 Jahren nach dem Kriege, noch nicht genügend bekannt, so daß man denselben begegnen kann? Oder steht den Unternehmern der Profit höher als das Arbeiterleben? Bei einigermaßen geltem S. l. e. a. dürfte doch aus den Erfahrungen, die durch die vielen Unglücksfälle bei dieser Arbeit schon gemacht sind und die schon so zahlreiche Todesopfer gefordert haben, endlich einmal möglich sein, die Anwendungsregeln zum Schutze der Arbeiter zu geben.

Internationale Arbeiterbewegung.

Die amerikanischen Gewerkschaften und die Gründung einer Arbeiterpartei.

In Cleveland tagte am 5. Juli die Konferenz für fortschrittliche, aufbauende Politik zur Wahl eines Präsidenten- und Vizepräsidenten-Kandidaten. Senator La Follette soll als Kandidat für den ersten Posten und James H. Maurer, Präsident des Pennsylvaniaer Arbeiterverbandes, als Kandidat für den zweiten Posten aufgestellt werden. Der Einfluß der Arbeiter in den Vereinigten Staaten ist durch die Unzufriedenheit mit den alten Parteien, die Verweigerung liberaler Konzeptionen seitens der Republikaner und die arbeiterfeindliche Haltung des letzten Kongresses gestiegen. Die Aussichten der Bildung einer neuen politischen Arbeiterpartei sind aber trotzdem sehr klein. Die oben erwähnte Vereinigung für fortschrittliche Politik ist bereits eine nationale Organisation. Infolge der Stärke der Farmer-Partei kann jedoch keine Industriearbeiterpartei auf einen unmittelbaren politischen Erfolg rechnen. Die Gewerkschaften haben einen ziemlich großen Einfluß auf die Vereinigung. Alle nationalen und internationalen Verbände haben das Recht auf Abordnung von drei Delegierten, ferner können Bezirks- und Ortsgruppen eine beschränkte Anzahl Delegierte abordnen. Endlich bilden die Eisenbahner-Organisationen die insgesamt 1.500.000 Mitglieder zählende, das Rückgrat der Organisation. Die kommende Periode wird Verhältnisse schaffen, die früher oder später zur Konstituierung der Organisation als einer permanenten politischen Partei führen wird. Aber die Stellung, die die American Federation of Labor, das ist der nordamerikanische Gewerkschaftsbund, zu den politischen und

insbesondere zu den internationalen Fragen einnimmt, gibt ein von ihm zu den Präsidentenwahlen veröffentlichtes Manifest Aufschluß. Dort heißt es u. a.:

Die Gewerkschaften halten für richtig, daß die Vereinigten Staaten jede internationale Verbindung erstreben und pflegen sollen, die dem Weltfrieden förderlich sein wird.

Sie begünstigen die Verbindung der freien Völker der Welt in einem gemeinsamen Bund und empfehlen unseren (d. h. der Vereinigten Staaten) Eintritt in den gegenwärtigen Völkerbund und den Weltgerichtshof.

Die ferner aufgestellten innerpolitischen Forderungen betreffen die Einwanderung, das Verbot der Kinderarbeit, das Koalitionsrecht der Gewerkschaften u. a. m. Sie stimmen in der Hauptsache mit dem von La Follette vertretenen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Programm überein.

Literarisches.

Erlebniskultur, Sammlung von Schriften zur praktischen Durchbringung des Lebens im Sinne der Religion des Sozialismus, Band 1: Genialität und Alltag, der Weg zur Rettung des Abendlandes. Von Dr. Gustaf Hoffmann. Verlag für sozialistische Lebenskultur, Hannover, Jordanstr. 1, Preis kart. 1 Mk.

Von sozialistischer Begeisterung gepackt, gibt uns der Verfasser aller Gegenwartsnot und allen Prophetentums vom Untergang des Abendlandes zum Trotz einen lebendigen Glauben an den sozialistischen Menschen ein. Eine Schrift über proletarische Kultur, die ihren Lesern zugleich eine proletarische Feierstunde bedeutet. Wir empfehlen ihre Anschaffung.

Die Erwerbslosenfürsorge von Dr. jur. Martin Rücke. Verlag L. Heinrich, Dresden. Preis gut gebunden 1,50 Mk.

Das Buch bringt nach einer ausführlichen Einführung, die u. a. die Rechtsnatur der Erwerbslosenfürsorge, ihr Verhältnis zu anderen Fürsorgeformen, das Verhältnis von Kurzarbeiter- und Teilarbeiterföhrung usw. behandelt, eingehend Wissenschaft und Praxis berücksichtigende Erläuterungen zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 zu den Bestimmungen des Reichsarbeitsministers über öffentliche Kostlandsarbeiten vom 17. November 1923 und zu den bisher noch nirgends erläuterten Bestimmungen über die Einstellung unterföhrter Erwerbsloser vom 18. Januar 1924. Besonders gründlich ist die Krankenversorgung Erwerbsloser behandelt. Der zerstreute Gesetzes- und Verordnungsstoff, sowohl der unterföhrten als der produktiven Erwerbslosenfürsorge einschließlich der bisher veröffentlichten Vordruckmuster, ist in dem Buche zusammengefaßt; die sächsischen Ausführungsbestimmungen vom 31. März 1924 sowie der bayerische Vollzugs-erlaß vom 2. April 1924 sind mit abgedruckt. Der Anfang enthält die für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unerläßlichen Bestimmungen des Arbeitsnachweisgesetzes, der Reichsversicherungsordnung, der Stilllegungsverordnung, des Schwerebeschäftigtengesetzes usw. Alle Gesetze und Verordnungen sind unter Berücksichtigung aller bisherigen Änderungen auf den neuesten Stand gebracht. Für Stadtverwaltungen, Gemeindebehörden, Krankenkassen, Arbeitsnachweise, Arbeitsämter, Erwerbslosen-Fürsorgestellen, Gewerkschaften usw. dürfte das Buch unerläßlich sein.

Verbandsnachrichten.

Anschluß.

Der Unterhändler Stephan Schön (Speyer) ist wegen Unterschlagung von 155 Mk. Verbandsgeldern zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Infolge dieser Handlungsweise wurde er auch aus dem Verband ausgeschlossen. Seine Mitgliedsnummer ist 965 212. Der Hauptvorstand.

- Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingelebt:
Gau 1: Walzrode, Schwarmstedt, Wied, Braunschweig, Goslar, Fallersleben, Groß-Rheden, Ilzen, Soltan, Detmold, Celle, St. Andreasberg, Nienburg a. d. Weiser.
Gau 2: Halberstadt, Halle, Seehausen, Salzwedel, Preßlin, Wustrow, Klein-Wirrigstedt, Lorigau, Niersleben, Alleringersleben, Königslutter, Erdeborn, Harzgerode.
Gau 3: Kärstlin, Ouben, Havelberg, Schwiebus, Mäncheberg, Jülichau, Landsberg, Kottbus, Frankfurt a. d. O., Pritzwalk, Zehdenick, Prenzlau, Neuruppin.
Gau 4: Rostock, Falkenburg, Strelitz, Döberan, Parchim, Uckermark, Pyritz, Neubrandenburg, Grimmen, Anklam, Schwerin, Jarmen, Körlin, Dreißwald, Kolberg, Kammin.
Gau 5: Wanzig, Rastenburg.
Gau 6: Ologau, Ratibor, Muskau, Oberkaffung, Bries, Saaran.
Gau 7: Annaburg, Luc, Bausen, Öbels, Freiberg, Weithain, Plauen, Jitzau, Weichselberg, Markranstädt.
Gau 8: Jena, Oelba, Weimar, Heiligenstadt, Rodach, Schwarzburg, Alstedt, Salungen, Sonneberg.
Gau 9: Schweinitz, Mantel, Schwabach, Wiesau, Kolberg, Alschaffenburg, Rößhagen, Nienmark, Forchheim, Stadtsteinach, Ebersdorf, Windsheim, Kronach.
Gau 10: München, Reichshall, Riedenbarg, Reuburg, Angsbarg, Marienstein, Rosenheim, Münsbach, Mainburg.
Gau 11: Ulm, Heidenheim, Eisingen, Rheinsfelden, Rothweil, Karlsruhe, Offenburg, Freiburg i. Br.
Gau 12: Birkenfeld, Hochspeyer, Neustadt a. d. S.
Gau 13: Würzburg, Offenbach.
Gau 14: Düren, Merzen, Bonn, Köln a. Rh., München-Oldach, Remwid, Oberbruch.
Gau 15: Volzenburg, Westerland, Geesthacht, Stade, Neuwied, Quindhorn, Lübeck, Parel.
Gau 16: Bochum, Hagen, Düsseldorf, Emmerich, Barmen, Eptzen.

Gewerkschafts-Zeitung

Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Redakteur: Paul Umbreit

Unterrichtet wöchentlich über die Ereignisse in der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und im Auslande. Sie ist als Fortsetzung des 'Korrespondenzblattes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes', die Zeitung der Gewerkschafter und der Sozialpolitiker. Kein Arbeiter oder Angestellter sollte versäumen, neben der Zeitung seines Verbandes umgehend das Abonnement bei seinem Postamt aufzugeben.

Preis monatlich 40 Pfennige

Probenummern stehen kostenlos zur Verfügung und sind anzufordern bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 514, Inselstraße 6